

Rede 25.02.2016: Den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz stärken

Sehr geehrte Damen und Herren! Da wir am Rednerpult keine Uhr haben, müssen wir das ein bisschen abstimmen. Ich bitte um Verständnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein verheißungsvoller Titel über einem Antrag von Rot-Grün „Den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz stärken“. Ja, das ist ein wichtiges Ziel und eine große Aufgabe. Deshalb haben wir auch mit großer Spannung gelesen, was von Rot-Grün zu diesem Thema gesagt wird.

Ich beginne mit den Feststellungen, die Sie vorab treffen. Dabei muss ich direkt bei dem ersten Kapitel stocken, weil ich Ihre Analyse überhaupt nicht teilen kann. Ich hoffe, es geht noch anderen so. Sie schreiben: „Eine Politik der sozialen Sicherheit für alle hier lebenden Menschen, unabhängig von sozialem Status, Alter, Geschlecht (...), schafft die Grundlage für ein solidarisches und demokratisches Miteinander und entzieht auch populistischen Kräften den Nährboden, (...)“ – Es wäre schön, wenn es so einfach wäre, meine Damen und Herren. So einfach ist es aber nicht.

(Beifall der CDU)

Wenn ich die Berichterstattung über die AfD richtig mitbekomme, ist Spitzenkandidat in Baden-Württemberg, glaube ich, ein Universitätsprofessor, also kein Hartz-IV Empfänger. Wenn ich die Berichte über die PEGIDA Demonstrationen mitbekomme, laufen da nicht Hartz-IV Empfänger herum, sondern da läuft die Mitte dieser Gesellschaft. Da laufen Lehrer, Facharbeiter und Handwerker mit. Dann kann man doch nicht sagen, Hauptsache ich mache gute Sozialpolitik, und damit löse ich quasi dieses Problem. Sie fangen schon mit einer falschen Analyse an.

(Beifall der CDU)

Der zweite Punkt, der mich wundert, ist, dass in einem Antrag mit der Überschrift „Den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz stärken“ der erste Absatz offensichtlich dieses Ziel nicht hat, sondern in dem geht es Ihnen darum, den populistische Kräften den Nährboden zu entziehen. Das scheint mir etwas diffus zu sein.

Im dritten Absatz sagen Sie dann, zu dieser Wohlstandspolitik gehören zum Beispiel auch leicht zugängliche und gebührenfreie Bildungsangebote. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch da setze ich ein dickes Fragezeichen. Für mich ist es überhaupt nicht gerecht, wenn ein Langzeitstudent, ein Bummelstudent, gebührenfrei die mit teuren Steuergeldern finanzierten Studienplätze besetzen kann und die Kauffrau, der Handwerker, der Facharbeiter, die Verkäuferin das mit ihren Steuern finanzieren. Ich glaube nicht, dass die das als gerecht empfinden. Das ist es keineswegs.

(Beifall der CDU)

Also auch hier eine sehr merkwürdige Analyse und Bewertung der Situation in Rheinland-Pfalz.

Dann kommt ein Punkt, den wir schon immer hier diskutieren und bei dem es Ihnen darum geht, die Situation in Rheinland-Pfalz als sehr schön, proper und wunderbar darzustellen. Sie verweisen mit großem Stolz darauf, dass man in Rheinland-Pfalz wieder einen Höchststand bei der Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreicht habe. Das mag sein, aber wir starten seit vielen Jahren auf sehr geringem Niveau. Andere Bundesländer erreichen höhere Höchststände als Rheinland-Pfalz. Im Konzert der Bundesländer sehen wir nach wie vor alt aus.

Ich habe mir noch einmal die neueste Statistik vom November 2015 angesehen. Danach hat Rheinland-Pfalz bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gerade einmal eine Steigerungsrate von satten 2,1 %. Das ist gerade einmal der Schnitt der ostdeutschen Länder.

Es gibt ein westdeutsches Bundesland, das eine geringere Steigerungsrate hat. Alle anderen haben stärker als Rheinland-Pfalz zugelegt. Hier gibt es überhaupt keinen Grund, sich auf irgendwelchen Lorbeeren auszuruhen. Diese gibt es schlicht und ergreifend nicht.

(Beifall der CDU)

Dann gibt es einen kleinen Schlenker am Ende dieser ersten Seite, bei dem ich den Eindruck habe, ja gut, jetzt kommen wir wenigstens einmal zu der Zielgruppe, wenn es um das Miteinander der Generationen geht. Wenn man dann auch vom letzten Jahr die Diskussion um die Feststellungen des Armutsberichts im Hinterkopf hat, weiß man, gerade in Rheinland-Pfalz gibt es steigende Armutsrisiken, trotz all der Sozialpolitik, die gemacht wurde, gerade für Personengruppen, bei denen Kinder betroffen sind. Das sind die Alleinerziehenden. Es sind auch die Familien mit drei und mehr Kindern besonders von Armut betroffen.

Dann sagt man hier nur, dass man diese Menschen mehr in den Fokus rücken muss. Was das den Menschen sagen soll, ist uns dann auch schleierhaft.

Nach diesem ersten Blick auf die Einleitung komme ich zu dem Ergebnis, dass das eine ziemlich unsaubere und oberflächliche Analyse der Situation in Rheinland-Pfalz ist. Aus einer solchen Analyse kommt dann wirklich ein Bauchladen an Maßnahmen, bei dem ich nur mit Verrenkungen und viel mehr als gutem Willen noch einen vernünftigen Zusammenhang zu dem Thema ableiten kann. Das Thema ist bestenfalls das Brett für den Bauchladen. Darauf laden Sie alles Mögliche, bei dem Sie meinen, noch einmal sozialpolitisch heute in der letzten Debatte Stellung nehmen zu sollen und es anzusprechen.

Wir haben uns deshalb auch die Freiheit genommen, diese Vorlage als Ausgangspunkt für das zu nehmen, was uns noch einmal wichtig war herüberzubringen, dass es nämlich in der rheinland-pfälzischen Sozialpolitik in der Vergangenheit keineswegs nur tolle Ergebnisse gibt, sondern ganz im Gegenteil, einige satte Bauchladungen bei Themen, bei denen Ihnen der Rechnungshof zu Recht Rechtsverletzungen vorgeworfen hat, fehlende Rahmenvereinbarungen oder Verordnungen, die für eine Zahlung zwingend sind.

Wir haben lange ein Demografiekonzept moniert. Sie sagen, Sie haben es. Sie haben eine riesige Homepage. Aber nennen Sie mir die Ziele. Haben Sie sich auf irgendein Ziel festgelegt? Ich denke, zielgerichtete Politik kann man nur machen, wenn man sich auch Ziele setzt. Das vermeiden Sie. Das hat natürlich auch den Charme, dass einem nie jemand vorhalten kann, man hätte ein Ziel nicht erreicht. Aus dieser Sicht ist es vielleicht dann sogar verständlich.

Sie sprechen von einer tollen Zukunftsversorgung der Ärzte. Wir sagen, Leute, ihr habt viel zu lange zugeschaut. Ihr habt viel zu lange alle Warnungen in den Wind geschlagen. Diese kamen nicht nur von uns, Sie kamen von der Ärzteschaft. Viel zu lange hat die Gesundheitsministerin und jetzige Ministerpräsidentin Frau Dreyer hier gestanden und gesagt, wir sind überversorgt, und alles ist wunderbar in Rheinland-Pfalz. Wir haben gesagt, schauen Sie bitte auf das Alter der Ärzte. Die Ärzte wachsen nicht auf den Bäumen.

Wenn ich weiß, dass ich 2016 dringend Ärzte brauche, dann muss ich diese im Prinzip zehn Jahre vorher, also 2006, in die Ausbildung und in ein Studium bringen, sonst habe ich sie nicht 2016. Das haben Sie versäumt.

(Beifall der CDU)

Diese Suppe haben heute die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz, insbesondere im ländlichen Raum, auszulöffeln. Deshalb war es uns wichtig, das noch einmal darzustellen.

Liebe Frau Kollegin Anklam-Trapp, natürlich loben Sie sich für die Pflegestützpunkte. Das ist auch eine gute Struktur. Aber bitte erinnern Sie sich: Das Thema Finanzausstattung war ein ganz großes Thema. Wir hatten bei der letzten Ausschreibungswelle der Pflegestützpunkte vor Ort erhebliche Probleme, noch Träger zu finden, die bereit sind, das zu übernehmen, weil sie Eigenanteile bezahlen sollen. Es muss aber auch versichert werden, dass man nicht für den eigenen Träger wirbt, also völlig neutral arbeitet. Wo soll denn dann der Grund liegen, sich in dieser Aufgabe einzubringen?

(Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Wir sind auf einem guten Weg, aber wir haben Probleme. Diese dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Deshalb gilt das Gleiche für die Armutsrisiken, die ich eben schon angesprochen habe. Ich will noch einmal ganz kurz auf die Hospizversorgung eingehen, zu der wir unsere große Debatte hatten. Ich fand es schade, dass wir uns beim letzten Plenum nicht verständigen konnten. Ihnen war sehr daran gelegen, dass wir in unserem Antrag auf die Bindung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung an die 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern verzichten, also pro 250.000 Einwohner eine SAPV. Uns fehlt die Hälfte. Wir bräuchten acht und haben vier. Wir haben zu wenige und müssen dringend daran arbeiten.

Wir denken, eine solche Selbstverpflichtung sollte man sich auferlegen. Das ist ehrliche Politik, sich wirklich zu sagen, ja, wir wollen das, für diese 250.000 Einwohner soll es in Rheinland-Pfalz diese Versorgung geben, und es nicht vage offen zu lassen, um dann gegebenenfalls andere Angebote vor Ort irgendwie noch hereinrechnen zu können und die Menschen damit zu beruhigen. Ich glaube, da sind Sie nicht ehrlich genug, was wirklich auch erreicht werden soll. Das wollen wir konkreter.

(Beifall der CDU)

Wir wollen ein Demografiekonzept erstellen. Wir wollen, dass die Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Scheitern der Verhandlungen zumindest auf den Boden einer Verordnung gestellt werden. Wir streben aber auch eine gute Rahmenvereinbarung an. Wir wollen den Investitionsstau in den Krankenhäusern auflösen. Hier beklagen wir die schlechte Situation der Pflege. Wir lassen doch die Krankenhäuser mit Investitionsaufgaben allein, die zum Teil so drängen, dass sie gar nicht anders können, als die Gelder einzusetzen, die eigentlich für die Betriebsmittel und für das Personal gedacht sind. Damit reduzieren Sie die Pflegequalität in den Krankenhäusern als Landespolitik, als rot-grüne Regierung. Das ist der falsche Weg. Deshalb wollen wir das besser machen.

Wir wollen die Pflegekammern nachhaltig darin unterstützen, auch für die Pflege das Wort zu ergreifen und die Pflege zu stärken. Wir wollen außerdem – das ist auch noch einmal ganz wichtig – Familien mit einem Landesfamiliengeld unterstützen.

Ich möchte noch einmal darauf eingehen, da ich auch in der letzten Woche bei einem Termin bei dem Kolpingwerk Landesverband Rheinland-Pfalz den Eindruck hatte, dass ich Kollegen von Ihnen überrascht habe. Dabei sind es schlichte Fakten. Wir haben sie in dieser Woche noch einmal konkret vom Statistischen Landesamt genannt bekommen.

32 % und nicht mehr der Kinder unter drei Jahren besuchen eine Kinderbetreuungseinrichtung oder werden mit einem Anteil von etwa 2.500 von einer Tagespflegeperson betreut. 32 % sind es.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das heißt, 70 % der Kinder besuchen es nicht. 70 % der Kinder werden versorgt, von Papa, von Mama, von Oma, von Freunden oder von wem auch immer. Wir sagen, auch deren Leistung muss anerkannt werden.

(Beifall bei der CDU)

Auch für diese brauchen wir ein Landesfamiliengeld, damit sie ihre Betreuung organisieren können. Ich verstehe nicht, was daran ungerecht sein soll, ganz im Gegenteil. Das ist gerecht.

Vielen Dank.

Das war die erste Runde.

(Beifall der CDU)

Im weiteren Verlauf der Debatte:

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, wir haben uns insgesamt ein Stück daran gestört, an wie vielen Punkten Sie nach Berlin zeigen. Jetzt ist es nicht so, als hätten Sie in Berlin nichts zu sagen. Soweit ich weiß, sind wir in Berlin Koalitionspartner.

(Beifall der CDU)

Es geht Ihnen um das Thema „Zusammenhalt der Gesellschaft in Rheinland-Pfalz“. Deshalb haben wir davon Abstand genommen und sind auf die Felder eingegangen, die wir in Rheinland-Pfalz gestalten und verantworten können. Da Ihnen diese Themen in Berlin so wichtig sind, will ich gerne noch einmal darauf eingehen, weil mir manche an dieser Stelle etwas merkwürdig erscheinen.

Ich beginne mit dem ersten Punkt auf der letzten Seite, der sich an die Bundespolitik wendet. Der Landtag, also Rot-Grün, fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für ein solidarisches Rentenmodell einzusetzen, welches Altersarmut wirksam verhindert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, war die letzte Rentenreform die RiesterReform. Das war kein CDU-Mitglied.

(Beifall der CDU)

Wenn ich mich richtig erinnere, war es vor allen Dingen Frau Nahles, die damals in den Verhandlungen ganz großen Wert darauf gelegt hat, dass insbesondere die Witwenrente um 5 Prozentpunkte herabgesetzt wurde. Wer im Glaskasten sitzt und mit Steinen wirft, der sollte sich das gut überlegen.

(Beifall der CDU)

Ich bin durchaus bei dem Ziel bei Ihnen. Wir müssen aber darüber diskutieren. Mit einem solchen Vorwurf, als habe man mit allem nichts zu tun, kommt man nicht voran.

Ich will auf den Ausgleich der bestehenden steuerlichen Nachteile und eine angemessene und wirksame Förderung für Familien eingehen. Hier wollen Sie auch, dass man sich auf der Bundesebene dafür einsetzt, damit eine armutsverhindernde Unterstützung vor allem für Alleinerziehende und kinderreiche Familien möglich sein wird. Sie wissen, dass das Thema Ehegattensplitting oder Familiensplitting politisch heftig diskutiert wird. Wir sind in Berlin zusammen. Dann kann man es vielleicht auch noch einmal auf die Tapete bringen. Es gibt meines Wissens in beiden großen Volksparteien erhebliche Widerstände, das Ehegattensplitting abzulösen. Das ist eine schwierige Sache.

Beim Thema Besteuerung Alleinerziehender halte ich es für richtig, darüber nachzudenken, weil das nicht zu verantworten ist, wie die Alleinerziehenden dastehen.

(Beifall der CDU)

Ich hätte mir zu den Alleinerziehenden auch zur Situation in Rheinland-Pfalz gerade nach dem Armutsbericht ein paar konkretere Antworten gewünscht.

Dann kommen wir zum Thema Kindergrundsicherung. Wir haben zwei Kindergrundsicherungen in Deutschland. Wir haben ein Bundesfamiliengeld. Das ist quasi der monatlich ausgezahlte Steuerfreibetrag, den die Familien bekommen. Der steht deshalb auch gar nicht so einfach zur Disposition. Das ist eine ganz eng ans Steuerrecht gebundene Leistung. Wir haben einen Kinderzuschlag. Wenn die Bedarfslage für Familien nur durch die Kinder so schlecht würde, dass sie Sozialhilfe bekommen müssten, dann gibt es Kinderzuschläge, damit sie nicht in die Sozialhilfe rutschen. Es gibt schon eine Kindergrundsicherung.

(Beifall der CDU)

Es gibt noch mehr Bundesthemen. Die Landesregierung soll sich für eine faire Finanzierung des Gemeinwesens einsetzen. Ich denke, Sie meinen die Kommunen. Hier hat Ihnen der Verfassungsgerichtshof ins Stammbuch geschrieben, dass Sie unsere Kommunen unterirdisch ausstatten. Das hat schon fast wieder Witz, wenn Sie das in diesem Antrag bringen.

Dann gehen Sie aber auf die Erbschaftsteuer ein, die wir reformieren müssen. Ja, wir sind auf dem Weg, die Erbschaftsteuer zu reformieren. Das ist auch richtig, aber trotzdem müssen wir darauf achten, dass wir die vielen Familienunternehmen nicht existenziell gefährden. Deshalb ist die Lösung der Erbschaftsteuer nicht so einfach, Frau Ministerin.

(Glocke des Präsidenten)

Das kann man nicht aus dem Blick lassen, wenn man auf der anderen Seite gerade der hiesigen Wirtschaft für ihr Engagement und für ihr gutes Wirken dankt.

Da fällt mir die Rede des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Koblenz bei deren Neujahrsempfang ein. Er hat gesagt: Ja, Gott sei Dank, unserer Wirtschaft geht es gut. Wir sind froh

drum, aber sie geht nicht wegen dieser Landesregierung gut, sondern sie geht trotz dieser Landesregierung gut. –

(Beifall der CDU – Glocke des Präsidenten)

Das sind nicht meine Worte.

Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt sicherlich noch einige Punkte, an denen wir drehen sollten, aber ich bin immer dafür, zunächst einmal an denen zu drehen, für die man selbst Verantwortung hat.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)